



CDU Ratsfraktion Bielefeld – Postfach 100862 – 33508 Bielefeld

Herrn
Oberbürgermeister
Pit Clausen

Altes Rathaus

Bielefeld, 03.03.2025

Antrag zur Ratssitzung am 06.03.2025

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in der Ratssitzung am 06.03.2025 stellen wir folgenden Antrag: „Jugendamt krisenfest machen“

Der Antwort der Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage der CDU im Jugendhilfeausschuss ist zu entnehmen, dass der Geschäftsbereich „Erzieherische Hilfen“ des Jugendamtes von einem zunehmenden Fachkräftemangel sowie einer hohen Fluktuation der Mitarbeiter betroffen ist. Das Jugendamt muss handlungsfähig bleiben und der Kinderschutz muss sichergestellt sein. Notlösungen sind auf Dauer nicht tragbar, deshalb muss das Jugendamt für die nächsten Jahre krisenfest gemacht werden. Es sind wirksame Strategien und Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung erforderlich.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung erarbeitet eine Rekrutierungskampagne, die gezielt auf Studierende und Absolventen der Studiengänge „Soziale Arbeit“, „Sozialpädagogik“ und „Sozialpsychologie“ ausgerichtet ist. Eine stärkere öffentliche Wahrnehmung der wichtigen Arbeit im Bielefelder Jugendamt, kann dazu beitragen, mehr Menschen für diesen Beruf zu gewinnen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Hochschulen und Fachschulen jeweils Kooperationsvereinbarungen abzuschließen, um den jeweiligen Absolventen zielgerichtet für die Arbeit im Jugendamt anzuwerben.
3. Durch die Schaffung von zusätzlichen Praktika und Trainee-Programmen soll jungen Menschen ein besserer Einblick in die Arbeit im Jugendamt vermittelt werden, damit sie für eine für eine langfristige Karriere in diesem Tätigkeitsfeld motiviert werden.

4. Der Ausbau und die Stärkung von Weiterbildungs- und Fortbildungsprogrammen sollen die berufliche Weiterqualifizierung für die Mitarbeiter im Jugendamt unterstützen. Insbesondere gezielte Schulungen können dabei helfen, die aktuellen Herausforderungen im Bereich der „Erzieherischen Hilfen“ besser zu bewältigen.
5. Arbeitskräfte mit jahrelanger Erfahrung sind besonders in Zeiten des Fachkräftemangels unverzichtbar. Die Verwaltung erarbeitet Strukturen, um die Mitarbeiter auch über den Ruhestand hinaus in den Arbeitsalltag einzubinden.
6. Die Verwaltung prüft jährlich die Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung für das Jugendamt auf ihre Wirkungsweise und Zielgenauigkeit. Über die Ergebnisse werden die zuständigen kommunalen Gremien fortlaufend informiert.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Ralf Nettelstroth
Fraktionsvorsitzender

F. d. R.
Dr. Simon Lange
Fraktionsgeschäftsführer

An den Oberbürgermeister

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
Rat der Stadt Bielefeld	06.03.2025	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes):

TOP 3.2 CDU-Antrag „Jugendamt krisenfest machen“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Ergänzung des Antrags der CDU stellen wir folgenden Antrag:

Zusätzliche Maßnahmen zur Stabilisierung des Jugendamts und Sicherstellung der Fachkräftebindung

Das Jugendamt steht nicht nur vor der Herausforderung, neue Fachkräfte zu gewinnen, sondern auch darin, erfahrene Mitarbeiter*innen zu halten und ihnen Anreize für eine langfristige Tätigkeit zu bieten. Eine nachhaltige Personalstrategie darf sich nicht nur auf die Gewinnung neuer Kolleg*innen beschränken, sondern muss gleichermaßen die Wertschätzung, Motivation und Unterstützung der langjährigen Fachkräfte in den Fokus nehmen. Zudem müssen strukturelle Defizite, insbesondere fehlende Unterbringungsmöglichkeiten für betreute Jugendliche, angegangen werden.

Beschlussvorschlag:

1. Neben der Gewinnung neuer Fachkräfte entwickelt die Verwaltung gezielte Maßnahmen zur langfristigen Bindung erfahrener Mitarbeiter*innen. Hierzu können monetäre Anreize wie Bonuszahlungen für langjährige Mitarbeiter*innen, flexible Arbeitszeitmodelle sowie zusätzliche Unterstützung im Arbeitsalltag gehören.
2. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Entlastung erfahrener Mitarbeiter*innen bei der Einarbeitung neuer Kolleg*innen, sodass diese Aufgabe auf mehrere Schultern verteilt wird. Ziel ist es, den Frust und die Mehrbelastung durch hohe Fluktuation zu reduzieren.

3. Es wird geprüft, wie durch kommunale Mittel die bedarfsorientierte Jugendhilfe in Bielefeld verbessert werden kann. Dazu gehören:
 - Ausbau von Plätzen für intensive Jugendhilfemaßnahmen (z. B. ION Winterheide).
 - Schaffung zusätzlicher Plätze für Mädchen und sogenannte "Systemsprenger*innen".
 - Einrichtung neuer intensivpädagogischer Angebote (wie VTO und Step-by-step) für verschiedene Altersgruppen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf an geeigneten Unterbringungsplätzen für Jugendliche zu analysieren und ein Konzept zur Schaffung neuer Einrichtungen vorzulegen.
5. Die Verwaltung berichtet regelmäßig über die Auswirkungen der Maßnahmen und deren Erfolg im Hinblick auf die Reduzierung der Fluktuation und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Jugendamt.

Unterschrift:

gez. Michael Gugat

RAT DER STADT BIELEFELD

Auszug
aus der nichtunterzeichneten Niederschrift
der Sitzung vom 06.03.2025

**Zu Punkt 3.2
(öffentlich)**

**Jugendamt krisenfest machen (Antrag der CDU-Fraktion vom
25.02.2025)**

Beratungsgrundlage:

Drucksache: 9668/2020-2025

9764/2020-2025 (Änderungsantrag von Herrn Gugat
[Einzelvertreter LiB])

[...]

**Der Antrag der CDU-Fraktion und der Änderungsantrag von Herrn
Gugat wurden zur weiteren Beratung an den Finanz- und Personal-
ausschuss verwiesen. (s. TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung).**

Auszug aus der Niederschrift
über die Sitzung des Finanz- und Personalausschusses
am 01.04.2025

Zu Punkt 4.1 Jugendamt krisenfest machen (Antrag der CDU-Fraktion vom 25.02.2025)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9668/2020-2025

Punkt 4.1 und 4.1.1 werden gemeinsam beraten.

Herr Kaschel informiert, dass die personelle Problemlage beim Jugendamt bekannt sei und man verwaltungsseitig auf verschiedene Weise versuche gegenzusteuern und bereits Einiges auf den Weg gebracht habe. Er merkt an, dass man sich mit einigen Antragsinhalten in einer Grauzone zwischen politischer Gestaltungsmöglichkeit und der Personal- und Organisationshoheit des Oberbürgermeisters bewege. Herr Kaschel sagt eine weitere Berichterstattung auch im Jugendhilfeausschuss zu.

Herr Vahle erläutert anhand der einzelnen Punkte des Antrages die bereits umgesetzten bzw. sich in Prüfung befindlichen Maßnahmen. Konkret wurden von ihm u. a. folgende Punkte angesprochen:

- eine Rekrutierungskampagne über Social Media und Hochschulveranstaltungen läuft bereits,
- Kooperationen mit Hochschulen bestehen bereits,
- Praktikums- und Trainee-Plätze wurden erweitert,
- umfangreiche Fortbildungsangebote sind bereits vorhanden, deren Nutzung jedoch durch hohe Arbeitsbelastung erschwert wird,
- pensionierte Fachkräfte können bereits jetzt eingebunden werden, um Wissen zu sichern.

Zusätzlich wurden Maßnahmen zur Verbesserung der Personalsteuerung, eine mögliche Anpassung der Personalbemessung sowie die Notwendigkeit präventiver und krisenfester Angebotsstrukturen angesprochen.

Frau Bülter ergänzt, sie sei froh, dass den besonderen Belastungen speziell beim Kinderschutz mit diversen Maßnahmen begegnet werde. Aktuell werde eine von ihr eingebrachten Idee der Überbesetzung um bis zu 20 % diskutiert, die nach ihrer Einschätzung durch Fluktuation und Langzeiterkrankungen rechnerisch immer wieder voll ausgeschöpft würde. Insgesamt sei das Jugendamt stetig im Austausch mit dem Amt für Personal und man sei gemeinsam auf einem guten Weg.

Herr Werner verweist auf die Diskussion und Begründung im Rat am 06.03.2025 und erklärt, mit dem Antrag wolle man politische Unterstützung anbieten. Er freue sich über die Resonanz und den heutigen Bericht. Er rege ebenfalls an, diesen auch im Jugendhilfeausschuss – gerne auch mit weiteren fachspezifischen Aspekten – zu geben.

Herr Gugat stellt dar, dass es gelte, nicht nur die Personalgewinnung im Blick zu haben, sondern auch die Mitarbeitendenbindung – gerade angesichts der umfangreichen und herausfordernden Aufgaben. Mit dem Ergänzungsantrag habe er mögliche Maßnahmen aufgezeigt und rege an, sich inhaltlich mindestens mit den bedarfsorientiert ausgerichteten Punkten 3 und 4 auch im Jugendhilfeausschuss zu befassen.

Herr Rees erklärt, eine Weiterverweisung an den Jugendhilfeausschuss sei in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen. Da die Verwaltung vorhin zugesagt habe, den Bericht zu den Antragsinhalten auch im nächsten Jugendhilfeausschuss zu geben, sei damit das Anliegen dort platziert.

Auf die Frage von Herrn vom Braucke, wie andere Städte, die sicher vergleichbare Problemlagen hätten, damit umgehen und ob es die Möglichkeit gebe, Mitarbeitende aus anderen Bereichen hinzuzuziehen erwidert Frau Bülter, dass das Jugendamt bundesweit vernetzt sei und Frau Berkemeyer in Fachgremien vertreten sei. Es zeige sich, dass die Situation in anderen großen Städten ähnlich und Bielefeld im Verhältnis noch relativ gut aufgestellt sei. Man könne grundsätzlich Mitarbeitende aus anderen Jugendamtsabteilungen einsetzen. Allerdings bedarf es einer Zusatzqualifikation und entsprechender Einarbeitung.

Frau Berkemeyer verdeutlicht, dass es viele leidenschaftliche Fachkräfte gebe, die schon lange hier tätig seien und der Teamzusammenhalt und die Fachkräftebindung durchaus groß seien. Allerdings gebe es auch viel Fluktuation – aus den unterschiedlichsten Gründen, auch aufgrund privater Veränderungen. Man gebe den ausscheidenden Mitarbeitenden mit auf den Weg, dass eine Rückkehr gerne gesehen werde und sie könne bestätigen, dass dies auch passiere.

Herr Spieker stellt fest, dass die Verwaltung zu den Antragspunkten ausführlich berichtet habe und auf den genannten Feldern bereits tätig sei. Daher sei der Antrag als gegenstandslos anzusehen und eine Beschlussfassung erübrige sich. Im Übrigen seien einzelne Gesichtspunkte auch Bestandteil des jährlichen Personalberichts hier im Finanz- und Personalausschuss. Eine Weitergabe der heutigen Informationen – auch der Punkte 3 und 4 des Ergänzungsantrages unter Punkt 4.1.1 an den Jugendhilfeausschuss – habe sowohl das Jugendamt als auch das Amt für Personal zugesagt.

Herr Rees dankt für die vielen Informationen aus der Praxis. Herr Kaschel habe verdeutlicht, dass viele Dinge bereit auf den Weg gebracht seien und die Verwaltung regelmäßig hier und im Jugendhilfeausschuss weiter berichten werde. Daher sei eine Abstimmung über den Antrag nicht erforderlich.

Herr Werner bestätigt, dass das Ziel des Antrages, das Thema „Krisenfestigkeit“ verstärkt in den Blick zu nehmen, mit der heutigen und der künftig zugesagten Berichterstattung, die er sich regelmäßig wünsche, erreicht sei.

Herr Gugat bittet darum, bei der Berichterstattung im Finanz- und Personalausschuss und im Jugendhilfeausschuss die Inhalte beider Anträge zu berücksichtigen und darauf einzugehen.

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

- 1. Die Verwaltung erarbeitet eine Rekrutierungskampagne, die**

gezielt auf Studierende und Absolventen der Studiengänge „Soziale Arbeit“, „Sozialpädagogik“ und „Sozialpsychologie“ ausgerichtet ist. Eine stärkere öffentliche Wahrnehmung der wichtigen Arbeit im Bielefelder Jugendamt, kann dazu beitragen, mehr Menschen für diesen Beruf zu gewinnen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit Hochschulen und Fachschulen jeweils Kooperationsvereinbarungen abzuschließen, um den jeweiligen Absolventen zielgerichtet für die Arbeit im Jugendamt anzuwerben.
3. Durch die Schaffung von zusätzlichen Praktika und Trainee-Programmen soll jungen Menschen ein besserer Einblick in die Arbeit im Jugendamt vermittelt werden, damit sie für eine für eine langfristige Karriere in diesem Tätigkeitsfeld motiviert werden.
4. Der Ausbau und die Stärkung von Weiterbildungs- und Fortbildungsprogrammen sollen die berufliche Weiterqualifizierung für die Mitarbeiter im Jugendamt unterstützen. Insbesondere gezielte Schulungen können dabei helfen, die aktuellen Herausforderungen im Bereich der „Erzieherischen Hilfen“ besser zu bewältigen.
5. Arbeitskräfte mit jahrelanger Erfahrung sind besonders in Zeiten des Fachkräftemangels unverzichtbar. Die Verwaltung erarbeitet Strukturen, um die Mitarbeiter auch über den Ruhestand hinaus in den Arbeitsalltag einzubinden.
6. Die Verwaltung prüft jährlich die Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung für das Jugendamt auf ihre Wirkungsweise und Zielgenauigkeit. Über die Ergebnisse werden die zuständigen kommunalen Gremien fortlaufend informiert.

keine Abstimmung

-.-.-

Zu Punkt 4.1.1 Änderungsantrag von Herrn Gugat [Einzelvertreter LiB] zur Drucks.-Nr. 9668/2020-2025

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 9764/2020-2025

Siehe Punkt 4.1

Beschluss:

Der Finanz- und Personalausschuss beschließt:

1. Neben der Gewinnung neuer Fachkräfte entwickelt die Verwaltung gezielte Maßnahmen zur langfristigen Bindung erfahrener Mitarbeiter*innen. Hierzu können monetäre Anreize wie Bonuszahlungen für langjährige Mitarbeiter*innen, flexible Arbeitszeitmodelle sowie zusätzliche Unterstützung im Arbeitsalltag gehören.

2. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept zur Entlastung erfahrener Mitarbeiter*innen bei der Einarbeitung neuer Kolleg*innen, so dass diese Aufgabe auf mehrere Schultern verteilt wird. Ziel ist es, den Frust und die Mehrbelastung durch hohe Fluktuation zu reduzieren.
3. Es wird geprüft, wie durch kommunale Mittel die bedarfsorientierte Jugendhilfe in Bielefeld verbessert werden kann. Dazu gehören:
 - Ausbau von Plätzen für intensive Jugendhilfemaßnahmen (z. B. ION Wintersheide).
 - Schaffung zusätzlicher Plätze für Mädchen und sogenannte "Systemsprenger*innen".
 - -Einrichtung neuer intensivpädagogischer Angebote (wie VTO und Step-by-step) für verschiedene Altersgruppen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bedarf an geeigneten Unterbringungsplätzen für Jugendliche zu analysieren und ein Konzept zur Schaffung neuer Einrichtungen vorzulegen.
5. Die Verwaltung berichtet regelmäßig über die Auswirkungen der Maßnahmen und deren Erfolg im Hinblick auf die Reduzierung der Fluktuation und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Jugendamt.

keine Abstimmung
